

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 5.— Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21, II. Telefon 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Zwingerstraße 21. Telefon 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6spaltige Perizelle mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Verbandsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 267.

Dresden, Donnerstag den 18. November 1909.

20. Jahrg.

Mehrheitsangst.

Aus Bayern wird uns geschrieben:

In der vorigen Woche wurde plötzlich durch eine halbamtliche Korrespondenz eine überraschende Aeußerung des sonst so schweigsamen Prinzregenten verbreitet. Er sprach bei der Hofstafel, zu der das Kammerpräsidium geladen war, von dem heiliggeliebten Bayern, dem schönen, gottbegnadeten Land, „das so mancher Krille glücklich übermunden hat“. Daran schloß sich der Wunsch, daß es auch diesem Landtag beschließen kein möge, durch treues Zusammenwirken zum Wohle des Landes Beschlüsse zu fassen.

Was ging vor? Der alte Herr pflegt nicht ohne Not und auch nicht ohne Zweck derlei Wendungen zu gebrauchen. Niemand wußte im ersten Augenblick, was diese dunkle Andeutung einer Krille in der scheinbar so friedlichen bayerischen Politik bergen möge. Seit einigen Tagen weiß man es.

Das seitdem alle politischen Naturerscheinungen erleben wir gegenwärtig auf bayerischem Boden — etwas wirklich ganz Neues und Beispielloses. In der schwülen Nachmittagsstimmung, die überall die Reichsfinanzreform hervorgerufen hat, hat sich bei uns eine Katastrophe zusammengehäuft. Wie Todesahnung Dämmerung legt die Bande der bürgerlichen Parteien, die in Frau Venus, ippiger Unterwelt ihr Seelenheil verbucht und verpielt haben. Sie fürchten sich vor den Schattenspielen ihrer eigenen Macht wie vor gessenen brennenden Gespenstern.

In dieser so werten Stimmung hat sich die unumschränkt herrschende Mehrheitspartei entschlossen, die Waffe des parlamentarischen Streiks anzuwenden, und zwar nicht gegen eine Regierung, nicht gegen irgendeine fremde Uebergewalt, sondern gegen sich selbst.

Das Zentrum, das über die Zweidrittel-Mehrheit im Landtage verfügt, hat die große umfassende bayerische Steuerreform nach seinen Wünschen in der Kommission durchgeleitet. Jetzt steht plötzlich die Verhandlung im Plenum. Die Mehrheit läßt ihr eigenes Werk im Stich. Sie will nicht mehr mitwirken, wenn nicht — auch die sonst so verachteten kleinen bürgerlichen Gruppen die Verantwortung für diese durchaus tierische Steuerreform übernehmen wollen. Ja, ursprünglich war die Bedingung des Zentrums für das Inkrafttreten der Steuerreform noch strenger. Man wollte ein einstimmiges Votum des ganzen Hauses als Voraussetzung der Zustimmung, und bayerische Minister wandten im Auftrag des Zentrums alle ihre Beredsamkeit auf, um auch die Sozialdemokratie für die Zustimmung zu gewinnen. Die wir natürlich verweigerten, nachdem diese gegen jetzt vor sich selbst fürchtende Mehrheit alle unsere beschiedenen Bittgesandtschaften hochmütig abgelehnt hat. Dann beschränkte man sich auf die gemeinsame Uebernahme der Verantwortung durch alle bürgerlichen Parteien. Die machten aber Schwierigkeiten. Das Zentrum droht ernsthaft: Entweder alle bürgerlichen Parteien für die Steuerreform oder keine Steuerreform. Keiner Partei aber ist wohl dabei, mitgeschuldig an dieser Neubelastung zu werden.

Das mächtige Zentrum stößt tatsächlich den Boden unter sich. Die Reichsfinanzreform des Schnapsbrotts hat keine Stellung zum ersten Male wirklich erschüttert. Auch die Religion läßt sich nicht mehr wie bisher gebrauchen; in weiten Kreisen der katholischen Bevölkerung hat man diese „Volkspartei“ als die Interessenvertretung der katholischen Familien durchschaut. Und die gleiche Angst vor dem bölligen Zusammenbruch haben unsere konservativen Landwirte und Bauernbündler, haben unsere Liberalen. Daher diese lächerliche Steuerreform, nachdem man monatelang im stolzen Machtgefühl diese Steuer nach eigenem Willen formuliert hat.

Die Einzelheiten dieser Krise, die bis zur Stunde nicht aufgeklärt ist, sind sehr bemerkenswert, und sie bleiben auch dann bestehen einer unrettbaren Verfahrenheit der bürgerlichen Parteien und der staatsbehaltenden Politik, wenn ein Ausgleich noch gefunden werden sollte.

Während des parlamentarischen Jahres hat die Regierung eine Steuerreform vorgelegt, die in einer besonderen Kommission vorbereitet wurde. Die Hauptstücke der Steuerreform sind ein Einkommensteuergesetz und ein Umlagen- (Kommunalabgaben-) Gesetz. In unzähligen Sitzungen hat man die Entwürfe nach dem Plenum der Zentrumsmehrheit gefaltet. Als jetzt im Herbst die Kommissionen vorgelegt. Die Verhandlungen schritten lässig fort. Die Entwürfe wurden — ungefähr nach den Kommissionsbeschlüssen — erledigt, auch das Einkommensgesetz, das dem preussischen gleicht und nur geringe Fortschritte gegen das Modell aufweist. Da — beim Kommunalabgabengesetz brach die Steuerangst des Zentrums plötzlich ungefühm hervor.

Das neue Einkommensgesetz bringt eine bedeutende Mehrbelastung des Berufs- und Arbeitsverdienens. Die bayerische Regierung, ebenso bereit, vernünftigen Anregungen zu folgen wie vor jedem Widerstand wieder zurückzuweichen — so erkundete sie die Reichsfinanzreform und verbündete sie dann! — belag so viel Verständnis für ein gerechtes Steuerwesen, daß sie zum Ausgleich bei den Kommunalabgaben eine erhebliche Schonung der Berufs- und Arbeitsverdienens vorschlug. Damit fand sie aber nur bei der Sozialdemokratie Gegenliebe, nicht aber bei den bürgerlichen Parteien, die vor allem das Ertragsvermögen (aus dem Besitz) bei den kommunalen Umlagen sichern wollten. Es wurde schließlich von der Mehrheit — gegen unseren Widerspruch — höchst kompliziertes Kompromiß angenommen, das

Begünstigung des Einkommens der Besitzlosen, auch des proletarischen, preisgab. Als man nun jetzt an die Plenarverhandlung des Umlagengesetzes ging, erklärte die Regierung, daß die von der Kommission beschlossene Regelung der kommunalen Berufsverdienensbesteuerung technisch und durchführbar sei. Das war sie in der Tat. Das Zentrum hatte etwas beschlossen, was — nach dem Wort der regierungsliberalen Augsburger Abendzeitung — jeden zur Vollziehung des Gesetzes verurteilten Steuerbeamten ins Irrenhaus gebracht hätte. Die Vorlage wurde in die Kommission zurückverwiesen. Und hier brach die Krise aus. Die Sozialdemokratie brachte die ursprüngliche Regierungsvorlage als Antrag ein, die aber von der Regierung selbst berraten wurde. In ihrer Eile, unter allen Umständen die Steuern zu bekommen, verständigte sie sich mit dem Zentrum über ein neues Kompromiß, das gewisse kleine Begünstigungen des Berufsverdienens auch dem geringeren Ertragsvermögen zuteil werden läßt.

Man war also einig — was hinderte die Verabschiedung des Gesetzes, das die große Mehrheit mit der Regierung sie rangiert hatte?

Gerade diese Mehrheit aber war es, was die Herren zum Witterstand gegen sich selbst trieb. Vor allem sollten die Bauern- und Landwirtebündler in dieselbe Steuergaube steigen. Aber diese Mitschuldigen der Reichsfinanzreform hatten noch mehr Angst vor ihren Wählern wie das Zentrum, war es doch einem der Ährligen, dem „Dahlemburger“ Hilpert, passiert, daß ihn die eigenen Anhänger lärmend und drohend aus der Versammlung in die kühnenden Arme der Polizei trieben. So verlangten diese Bündler noch weitergehende Begünstigungen des ländlichen Besitzes und sträubten sich gegen das Zentrumskompromiß. Und die Liberalen machen einige Schwierigkeiten, wenn auch nicht allzu schlimme, da sie ja für ein gutes Ministerium immer zugänglich sind.

Im Grunde möchten sie sich alle um die Verantwortung für die bayerische Steuerreform drücken. Die Differenz wegen der Kommunalsteuer auf Berufsverdienens ist nur ein Vorwand. Das Zentrum weiß, daß die ganze Steuerreform die Massen abermals gegen seine Politik aufreizen muß, wird doch auf Grund des neuen Einkommenssteuergesetzes zum erstenmal die größte Zahl der Bauern direkte Steuern zahlen müssen; bisher konnte man diese lächerliche Einrichtung auf dem Lande nur ganz wenig. Preissteigerung aller Gebrauchsmittel — demnachste Verteuerung der bayerischen Hauptnahrung, des Biers — nun auch direkte Steuern für die kleinen Bauern, dafür Freilassung der großen Erbschaften und Vermögen — und das alles durch Zentrumsschuld — da jagt schließlich der frömmliche Bauer seinen Kaplan zum Teufel. Ohnehin sind unsere gesittlichen Politiker seit der Reichsfinanzreform in ständiger Sorge über das Wiedererwachen einer selbständigen, antizentralistischen Bauernbewegung.

Darum der Streit der Mehrheit gegen die eigene unheimlich gewordene Macht. Darum die Formel: alle mitgeschuldig oder niemand. In dieser grotesken Krise vollzieht sich eine innere Logik. Der unmögliche Widerspruch einer Parlamentarismehrheit, die ständig die Interessen der Volksmehrheit verdrängt, drängt zur Entscheidung. Darum kann nur noch eine Partei den Rat und die Konsequenz der Verantwortung als Mehrheit tragen: die Sozialdemokratie. Wir handeln jetzt als Minderheit, wie wir als Mehrheit handeln würden. Wir lehnen diese kapitalistische Steuerreform ab und fordern ein System gerechterer Belastung. So kann es auf die Dauer nur eine Rettung geben: Den Sieg der sozialdemokratischen Steuerpolitik, den die bürgerlichen Parteien — das süßten sie nun selbst — unablässig rufen.

Rachschrift. Das Zentrum hat soeben die Komödie der Mitschuldigen zum glücklichen Ende geführt. Die Bündler gaben nach. Und die Liberalen, die nach der Definition der Kreuzzeitung immer vor irgend etwas Angst haben, deuteten sich, die Verantwortung für das Scheitern der Gesetzgebung zu übernehmen, waren aber den Erfolg des kapitalistischen Prinzipals in der Steuerregelung ohnehin nicht allzu ungetrieben. Das Quecksilber Ideal ist erledigt: Alle bürgerlichen Parteien verschworen sich gemeinsam die Verantwortung für die neue Steuerbelastung zu übernehmen. Nur eine bürgerliche Abgeordnete werden abbringen, aber das Zentrum hat gnädig erlaubt, daß dies geschehen dürfe, ohne daß der Rest dadurch als gebrochen gelte. Die Streifdrohung des Zentrums hat also zur allgemeinen Arbeitswilligkeit geführt.

Aber dadurch, daß die bürgerlichen Parteien die Steuerlast auf breitere Schultern wälzen, wird die empfindliche Steuerreform für die Allgemeinheit nicht geringer. Ein neuer Regierungsvorschlag, auf den sich die bürgerlichen Parteien einigen, läßt von der ursprünglichen Absicht, das Berufsverdienens zu schonen, kaum einen letzten Rest übrig. Dafür wälzt die Wunde bei der Heranziehung der Ertragsverdienens.

Die Sozialdemokratie stimmte allein gegen das Kompromiß. Sie schreute nicht das Scheitern der Steuerreform, und die große Waffe der Steuerzahler hätte es auch nicht geschreckt. Die Solidarität der bürgerlichen Parteien wird ihren solidarischen Niedergang nur beschleunigen.

Bayerischer Liebesdienststeuer.

Aus München wird vom Mittwoch berichtet:

In der heutigen Sitzung der Kammer der Reichsräte wurde der von der Kammer der Abgeordneten einstimmig angenommene Antrag auf Kündigung des Audienzvertrages mit Rußland beraten. Referent v. Kuer beantragte die

Ablehnung des Antrages, weil der Gegenstand nicht zur Zuständigkeit des Hauses gehöre und weil keine materiellen Gründe zur Kündigung des Vertrages beständen, welche weit mehr als ein Akt der Unhöflichkeit gegen Rußland gelten müßte.

Ministerpräsident Freiherr v. Bodewitz machte dieselben Ausführungen wie in der zweiten Kammer. Er wandte sich dann gegen die Auffassung, daß die Regierung der Abgeordnetenversammlung vom 14. Oktober hätte fernbleiben sollen, „weil schon die Annäherung eines Ministers als verletzliche Unfreundlichkeit gegen Rußland hätte geachtet werden können“. Wenn die Regierung damals geschwiegen und ihr Festhalten am Vertrage nicht harpelt hätte, so würde sie sich der Deutung ausgesetzt haben, sie wolle den Auslieferungsvortrag im Stiche lassen. Die Auffassung, das Votum der Abgeordnetenversammlung habe eine Demonstration gegen die damalige Reise des Kaisers von Rußland durch Bayern bezweckt, sei ganz haltlos, denn der Antrag und die Interpellation seien zu einer Zeit eingebracht worden, wo offiziell verlautete, daß die Reise wegen des ungünstigen Gesundheitszustandes der Kaiserin überhaupt nicht stattfinden werde. Aus einer Mitteilung des russischen Ministers des Auswärtigen gehe hervor, daß auch die maßgebenden russischen Kreise die Annahme von einer beabsichtigten Demonstration nicht geteilt hätten. Falls sei die Behauptung der auswärtigen Presse, die Abgeordnetenversammlung habe durch ihre Abstimmung den Wunsch bekundet, selbst Perionen, die Anschläge auf das Leben des russischen Zarenkönigs geplant hätten, eine Justizstrafe in Bayern zu gewähren. Mehrere Abgeordnete hatten diese Auffassung ausdrücklich abgelehnt. Der Ministerpräsident schloß mit dem Wunsch, seine Vorstellungen möchten zu einer gerechteren Würdigung der Sachlage und zu der Anerkennung führen, daß die Haltung der bayerischen Regierung in der ganzen Frage korrekt und einwandfrei gewesen sei. — Nach der Rede des Ministerpräsidenten wurde der Antrag der Abgeordnetenversammlung einstimmig abgelehnt.

Der bayerische Ministerpräsident hat mit seinen Erklärungen die Methode des schwächlichen Drumherumredens verfolgt, während er es sorglich vermieden hat, auf den eigentlichen „Tatbestand“ einzugehen. Die bayerische Kammer, die berufene Vertreterin des bayerischen Volkes hat einstimmig befundet, daß sie die bayerische Verpflichtung zu Liebesdiensten gegen das Rußland des Zarenjaren als brennende Schmach, als einen Zustand empfinde, der eines Kulturstaates unwürdig ist. Das Haus der „geborenen Gesetzgeber“ setzt sich mit dem allgemeinen Volksempfinden in direkten Widerspruch und bringt damit einen neuen Beweis, daß mit solchen Worten schamhaftester Kulturrückständigkeit und reaktionärer Bestrebungen aufgeräumt werden muß.

Die „Reform“ der Reichsratskammer.

München, 16. November. Das bayerische Abgeordnetenhaus verhandelte heute den liberalen Antrag Müller-Meinungen auf Reform der Reichsratskammer durch Zuwahl von Vertretern der Städte, des Handels, der Kleinbäuerlichen Bevölkerung, der Wissenschaften und der Arbeiterschaft. Der allgemeine Wunsch der Bevölkerung, die früheren Zusagen der Regierung der beiden Kammern und nicht zuletzt die Entwicklung des Staates drängen zu dieser Reform. Für das Zentrum erklärte Abg. Geiger, daß einer solchen Verfassungsänderung unter der Regenschaft prinzipielle Bedenken entgegenstünden. So lebhaft der Wunsch nach einer solchen Reform auch im Volke bestehen möge, so scheint es doch, daß die Liberalen den in der zweiten Kammer verlorenen Einsitz in der ersten Kammer zurückzugewinnen möchten. Der zum demokratischen Flügel des Zentrums gehörige Abg. Feld-Regensburg sprach sich platonisch für den liberalen Antrag aus, der aber in der vorliegenden Form doch nicht angehe. Abg. Müller (Soz.) kritisierte die Reichsratskammer mit größter Schärfe und verlangte vollständige Abschaffung der ersten Kammer. Der Minister des Innern, v. Drettel, begehrtete es als Uebertreibung, wenn von einem brennenden Wunsch des Volkes gesprochen werde. Auch andere Länder seien mit dem gleichen Prinzip zufrieden. Der liberale Antrag wurde schließlich, wie vor zwei Jahren, mit den Stimmen des Zentrums und der Sozialdemokraten abgelehnt. Die Konservativen und Bauernbündler stimmten mit den Liberalen zusammen.

Wehe den Siegern!

Wandfelder Szenen nach dem Streik.

Der Landrat von Wandfeld, Herr v. Haffel, der in dem schändlichen Kampfe so manche Probe seiner Unparteilichkeit gab, hat beim Abbruch des Streiks seinen dierherigen Handlungen die Krone aufgesetzt. Im Bureau des Betriebsführers Schimp vom Firtelschacht hat er den Bergleuten durch Handschlag des Versprechens abgenommen, daß sie aus dem Bochumer Verbände austreten und nie wieder Mitglieder werden wollen! Als die Streikenden am 13. November morgens nach dem Firtelschacht kamen, um anzufragen, ob sie wieder anfahren dürften, fanden sie den Eingang durch einen Leinwand, zwei Unteroffiziere und zwölf Soldaten bewacht, dazu kamen sechs Wachen auf der Steigerhöhe, während auf dem Bureau des Betriebsführers der Landrat v. Haffel und Amtmann Spielberg anwesend waren! Der Landrat nahm sich die Leute zuerst vor und fragte jeden: „Kennen Sie mich!“ und sagte derjenigen, die ihn nicht kennen: „Ich bin der Landrat von Wandfeld, damit Sie wissen, mit wem Sie es zu tun haben.“ Dann fragte er, weshalb die Leute sich am Streik beteiligt hätten, ob sie dem Bochumer Verbände beigetreten, ob sie Selbstgewesen und Mitglieder des Arbeitervereins seien. An diejenigen, die Soldaten waren, richtete der Landrat dann folgende feierliche Worte: „Mann! Erst haben Sie den Fahnenstich geleistet, haben unseren Kaiser die Treue geschworen und jetzt wollen Sie helfen unseren Kaiser absetzen. Bersprechen Sie mir, aus dem Ver-